



Lehrplan vors Volk

Demokratische Mitbestimmung in der Volksschule
Volksinitiative Kanton Zürich

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster | info@lehrplan-vors-volk.ch | www.lehrplan-vors-volk.ch | Spendenkonto: Postkonto 89-753598-5

Newsletter vom 15. 10. 2017

Inhalt

Wie bedeutsam ist die digitale Transformation für die Bildung?.....	1
Computer für Sonderschulen.....	2
Tablets in der Grundschule? Das sehe ich kritisch!.....	3
Plötzlich gibt es Zweifel.....	4
«Kinder passen sich meistens an».....	5
«Die Schule ist zum All-inclusive-Amt geworden».....	6
Jetzt kommt der Leitfaden gegen Problemeltern.....	7
Tweet von Papst Franziskus.....	8

Wie bedeutsam ist die digitale Transformation für die Bildung?

Denknetz Jahrbuch 2017 *Fitzgerald Crain*

Im Juni 2017 unterstützte Bundesrat Schneider-Ammann die Forderung von Nationalrat Eymann, ehemals Basler Bildungsdirektor und Präsident der EDK, mehr Mittel für die digitale Grundbildung bereit zu stellen. Noch sei es nicht zu spät, argumentierte Eymann. Wenn die Schweiz jedoch nicht handle, drohe sie ins Hintertreffen zu geraten.¹ Mehr Mittel also für mehr Computer, mehr Software, mehr Informatikstunden an den Schulen? Die Zukunft, so Brühlmann, Leiter der pädagogischen Arbeitsstelle des LCH, gehöre dem individualisierten, altersdurchmischten Lernen.² SchülerInnen lösen dabei Lernaufgaben am Tablet, beantworten Fragen eines Lern-Roboters, die Leistungen werden fortlaufend gemessen, die Fragen immer wieder angepasst. Software zur Gesichtserkennung dient dazu, Motivationsprobleme festzustellen. Grosse, gewinnorientierte Techno-Konzerne sind allein in der Lage, digital aufbereitetes Lernmaterial anzubieten. Im gleichen Artikel wird darauf hingewiesen, dass Google oder Facebook in den USA private Schulen gründen und in digitale Lernplattformen investieren.³

Für Döbeli Honegger⁴, Informatiker und Professor an der PH Schwyz, hat die Digitalisierung noch kaum Eingang in den bildungspolitischen Diskurs gefunden. Dies aber ist dringend notwendig. Nicht technologische und finanzielle Fragen müssten im Vordergrund stehen, es geht um viel Grundlegenderes. Dient die Digitalisierung – das ist nur eine der

¹ „Digitale Bildung: Eymann regt an – Schneider-Ammann handelt“, bz Basel vom 21. Juni 2017

² „Die Schonzeit ist vorbei“, NZZ am Sonntag vom 11. Juni 2017

³ Zur US-amerikanischen Bildungspolitik siehe auch Crain, 2016

⁴ Döbeli Honegger, 2016

relevanten Fragen – als Einfallstor der Privatisierung und damit der Erschliessung eines milliardenschweren Bildungsmarktes?

[...]

Das Nachdenken über gesellschaftspolitische Fragen als Voraussetzung für das Mitgestalten der Demokratie der Zukunft muss in der Schule einen hohen Stellenwert bekommen. Geschichte und politische Wissenschaft müssten Hauptfächer sein. Grosses Gewicht kommt auch dem Muischen, dem Künstlerischen zu als einem zweckfreien Bereich und auch, weil damit die Lust an der Vielfalt, am Entdecken, am Spielen-Können mit Möglichkeiten gefördert wird.

Es wäre keine radikal andere Schule, die ich mir vorstelle. Irgendwie hat diese Schule auch etwas Bewahrendes, bei gleichzeitiger Berücksichtigung der modernen digitalen Welt, in der die SchülerInnen zu Hause und mit der sie vertraut sind. Es wäre eine Schule, die dem Kurzfristigen und Unverbindlichen etwas Langfristiges und Verbindliches entgegensetzt; der Schnelllebigkeit Momente auch der Langsamkeit und des Zeithabens.

[Ganzen Artikel lesen](#)

Computer für Sonderschulen

ZürichseeZeitung vom 7.10.2017

WINTERTHUR Die ICT-Infrastruktur der Winterthurer Sonderschulen sei stark veraltet und müsse dringend erneuert werden. Der Stadtrat hat deshalb 200 000 Franken als gebundene Ausgaben bewilligt. Die neue ICT-Infrastruktur soll aus sogenannten All- in-one-Geräten – also Geräten, bei denen Rechner und Bildschirm in einem Gehäuse sind – mit touchfähigem Bildschirm und Notebooks bestehen, wie die Stadt Winterthur gestern mitteilte.

Die Datenablage und die Kollaboration finden in der Cloud statt. Damit könnten Synergien aus dem bereits umgesetzten Projekt ICT-Primar genutzt werden, wie es weiter heisst. Das in der Primarschule verwendete Linux- Betriebssystem ist für Sonderschulen allerdings nicht geeignet. In diesen werden für Kinder und Jugendliche mit motorischer oder geistiger Beeinträchtigung spezielle Software und Peripheriegeräte eingesetzt, die nur mit Microsoft Windows laufen.

sda

Kommentar

So weit geht der Digitalisierungs-Wahnwitz, dass sogar Kinder «mit motorischer oder geistiger Beeinträchtigung» vor Computer gesetzt werden sollen. Dort können sie auf dem «touchfähigen» Bildschirm über Bilder oder Wörter streichen und fühlen sich damit angeblich nicht «ausgegrenzt» neben ihren Altersgenossen, die den ganzen Tag das iPhone vor der Nase haben, statt ab und zu auch ein Buch zu lesen. Nützen tut das Zudecken unserer Jugend mit ICT-Projekten an allererster Stelle den Hard- und Software-Konzernen, die sich mit den Schulen der wohlhabenden Schweiz eine goldene Nase verdienen können. Unseren Kindergärtlern und Primarschülern dagegen – nicht nur den Sonderschülern – tun wir mit der zunehmenden Verlagerung des Lernens an den Computer einen schlechten Dienst. Wenn wir Erwachsenen wollen, dass die Jugendlichen nach 9 Schuljahren einigermaßen lesen, schreiben und rechnen können, müssen wir für eine Volksschule sorgen, in der die Lehrerin oder der Lehrer in der Primarschule die notwendigen Grundlagen legt. Unsere Jugend hat ein Menschenrecht auf Bildung. Sie hat ein Recht

darauf, in der Volksschule unterrichtet zu werden, statt immer mehr vor dem Computer alleingelassen zu werden.

Marianne Wüthrich, Wil

Tablets in der Grundschule? Das sehe ich kritisch!»

Aus der Elternzeitschrift Fritz und Fränzi

Manuela Krattiger aus Arlesheim BL glaubt, dass der Umgang mit digitalen Medien eine gewisse Reife voraussetzt. **Ihre Buben hält sie darum davon fern. Sie ist gegen den Einsatz von Tablets und Co. schon in der Primarschule.**

Protokoll: Virginia Nolan

«Ich bin Mutter eines Kindergärtlers und eines Drittklässlers. Als mein älterer Sohn in der ersten Klasse nach Hause kam und mir erzählte, er arbeite im Unterricht am Computer, staunte ich nicht schlecht. Gerade, weil wir Eltern nicht informiert worden waren. Die Schüler übten Rechnen am Computer. **Mir missfiel, dass sie diesen nicht nur als Arbeitsinstrument nutzten: Wer schnell mit Mathe fertig war, durfte Computergames spielen.**

Auch in der zweiten Klasse kam der Computer zum Einsatz, nicht ständig, aber regelmässig. **Mir geht das gegen den Strich, weil ich die Kinder zu Hause von digitalen Medien fernhalte – noch jedenfalls.** Ich bin nicht weltfremd, nutze entsprechende Geräte selbst. Den Umgang der Kinder damit sehe ich aber kritisch. **Wie können wir von ihnen erwarten, massvoll mit digitalen Medien umzugehen, wenn selbst Erwachsene das Handy kaum beiseitelegen können?**

Damit ein junger Mensch sich diesem Sog mit der nötigen Kraft entgegenstellen kann, braucht er eine gewisse Reife. Vor dem zehnten, zwölften Lebensjahr dürfte die, wie ich vermute, noch nicht erreicht sein.

Ich besuche häufig Elternbildungskurse. Da erlebe ich Mütter und Väter, die berichten, dass sie ihre zehnjährigen Kinder nicht vom Bildschirm wegkriegen. Ich glaube, dass eine entsprechend konsequente Haltung der Eltern dem entgegenwirken kann. Es ist aber schwierig, wenn die Schule untergräbt, was einem wichtig ist.

Natürlich ist es normal, dass in der Zusammenarbeit von Schule und Elternhaus auch Konflikte entstehen. Schwierig wirds, wenn es um Grundwerte geht, und da gehört für mich der Umgang mit digitalen Medien dazu.

Unsere Gemeinde plant, die Primarschule mit iPads auszurüsten. Das finde ich unangemessen, weil die Geräte Kinder um wertvolle sinnliche und feinmotorische Erfahrungen bringen. Man weiss auch, dass LED-Displays zu Überreizung führen können – sicher nicht das Beste für Kinder, die ohnehin Schwierigkeiten haben mit Still-sitzen.

Mein älterer Sohn besucht seit dem neuen Schuljahr die Steiner-Schule. Für mich ist es eine Erleichterung, dass digitale Medien dort explizit nicht erwünscht sind, zumindest auf Primarstufe. Das gibt mir als Mutter einen besseren Rückhalt. Selbstverständlich werde ich meinen Söhnen später erlauben, den Computer zu nutzen. Sollten dann auch Games zur Debatte stehen, finden wir eine Lösung.»

Dieser Text stammt aus dem Dossier «Digitale Revolution im Klassenzimmer»

Plötzlich gibt es Zweifel

Tages-Anzeiger vom 7.10.2017, Zürich

Zürichs Schulvorsteher Gerold Lauber (CVP) stützt sein Tagesschulprojekt auf positive wissenschaftliche Erkenntnisse. Doch seit kurzem hat die Wissenschaft grosse Vorbehalte.

Daniel Schneebeli

Es sollte Gerold Laubers grosser Triumph werden. Zum Schluss seiner 12-jährigen Amtszeit will der CVP-Stadtrat eines seiner wichtigsten Projekte erfolgreich hinterlassen: Alle Zürcher Schulhäuser sollen in Tagesschulen umgewandelt werden. Lange gab es kaum Widerstand gegen das Modell «Tagesschule 2025». In den ersten Pilotschulen, welche das Projekt umsetzen, sind über 90 Prozent der Eltern begeistert. Auch die grosse Mehrheit der Lehrerinnen und Lehrer steht hinter dem Projekt. Lauber nutzte die grosse Zustimmung bisher und pries stets die Fortschrittlichkeit und Zukunftsfähigkeit seiner Schulen. Noch in hundert Jahren werde man sich an die ersten Zürcher Tagesschulen erinnern, sagte Lauber kürzlich selbstbewusst an einer Schulhauseröffnung.

Doch seit einigen Wochen ist Sand ins Reformgetriebe gekommen - und zwar von einer unerwarteten Seite. Eine vom Schweizerischen Nationalfonds unterstützte Studie der Universität Bern hat ergeben, dass die Erwartungen in die Tagesschulen zu hoch seien. «So wie die Angebote heute konzipiert sind, zeigt sich nicht, was man sich erhofft hat», fasste die Leiterin der Studie, Pädagogikprofessorin Marianne Schüpbach die Ergebnisse ihrer Studie zusammen. Weder schulisch noch sozial hätten Tagesschulkinder Vorteile gegenüber Kindern aus traditionellen Schulmodellen.

Versuchter Befreiungsschlag

Nun versucht Lauber den Befreiungsschlag und zieht im Interview mit dem «Tages-Anzeiger» eine weitere Studie herbei. Sie ist zwar bereits aus dem Jahr 2010, pikanterweise steht aber ebenfalls Marianne Schüpbach dahinter. Lauber sagt, er habe auf jener Studie von 2010 seine Argumente für die Reform aufgebaut. Diese Studie hatte klare Vorteile für die Tagesschulen ergeben, sowohl bei den Schulleistungen der Kinder als auch bei deren Sozialverhalten.

Die Differenzen zwischen den Studien erklärt Schüpbach unter anderem mit unterschiedlichen Stichproben. Bei der Studie von 2010 wurden sowohl offene Tagesschulen mit einem freiwilligen Angebot als auch gebundene Schulen angeschaut. Bei Letzteren waren Mittagessen und integrierte Zeit für Aufgaben und andere Aktivitäten obligatorisch. In der Studie von 2017 seien nur offene Tagesschulen mit freiwilligen Angeboten untersucht worden. Doch als Hauptargument für die unterschiedlichen Ergebnisse nennt Schüpbach den unterschiedlichen Beobachtungszeitraum. Für die Studie von 2010 habe man die Kinder drei Jahre, für die Studie von 2017 nur noch zwei Jahre begleitet. Dieser Zeitraum sei sehr kurz, um Veränderungen festzustellen. Auch in der Studie von 2010 seien die wesentlichen Differenzen erst im dritten Untersuchungsjahr aufgetreten. Für einen dreijährigen Beobachtungszyklus haben der Forscherin in der zweiten Studie die finanziellen Mittel gefehlt.

Ein Steilpass für die SVP

Die Steilvorlage von Marianne Schüpbachs zweiter Studie hat die SVP dankbar aufgenommen. Sie verlas im Gemeinderat bereits eine geharnischte Erklärung: Gerold Lauber wolle mit «hohlen Versprechungen und geschönten Zahlen eine Staatsschule à la DDR» durchdrücken. Man werde sich gegen dieses «Buebetrickli» zur Wehr setzen, kündigte die Volkspartei an. Dabei bezog sich die SVP auch auf Schüpbachs Studie: Mit den Tagesschulen werde weder die Leistung verbessert noch die Integration gefördert.

Für Lauber ist dieser Gegenwind beunruhigend, weil er im Stadtparlament eben ein Kreditbegehren von 68 Millionen Franken gestellt hat, mit denen nach sechs Pilotschulen weitere 24 normale Schulen zu Tagesschulen umgebaut werden sollen.

Dass in Zürich mit ihrer Studie gegen die Tagesschule 2025 Stimmung gemacht wird, bedauert Schüpbach, die mittlerweile in Deutschland an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg tätig ist. Die Forscherin ist überzeugt, dass Tagesschulen ein grosses Potenzial haben, «vor allem wenn auch ihre ausserschulischen Angebote verbindlich und qualitativ gut sind». Das Zürcher Tagesschulmodell betrachtet Schüpbach nach wie vor als «einen Schritt in die richtige Richtung».

Schulische Ziele sind sekundär

Auch der Zürcher Erziehungswissenschaftler Urs Moser vom Institut für Bildungsevaluation an der Universität Zürich sieht in den Tagesschulen ein Zukunftsmodell. Allerdings warnt auch er vor zu hohen Erwartungen. Schliesslich sei eine Tagesschule in erster Linie dazu da, die Betreuung der Kinder zu verbessern und die Eltern zu unterstützen: «Wenn wir die Schulleistungen der Kinder verbessern wollen, machen wir dies besser mit Förderprogrammen im Unterricht. Das ist viel effizienter.»

«Kinder passen sich meistens an»

Tages-Anzeiger vom 10.10.2017, Leserbriefe

Vorbehalte gegen Tagesschulen Plötzlich gibt es Zweifel / Stadtrat Lauber: «Was wir jetzt investieren, wird sich später auszahlen», TA vom 7. 10.

Gemeinsamer Zmittag reicht nicht.

Die Studie hätte man sich sparen können. Wirkliche Verbesserungen der Leistung der Schülerinnen gibt es nur, wenn die Lehrerinnen und Lehrer wieder mehr Zeit haben, zu unterrichten und auf den Schüler einzugehen und individuell helfen zu können. Und wenn sie dazu motiviert sind. Der Lehrplan 21 verdrängt mit seinen unsäglichen Kompetenzbeschreibungen den Dialog im Klassenzimmer und torpediert dadurch die Chancengerechtigkeit. Da helfen auch gemeinsame Mittagessen nicht weiter.

Ruedi Beglinger, Allenwinden

Erinnert an Massenkindhaltung.

Die freiwillige Tagesschule ist ein Segen, vor allem für die Eltern und die Wirtschaft. Trifft das auch für die Kinder zu? Als ehemalige Hortleiterin habe ich die Verwandlung vom Schülerhort mit 15 bis 20 Kindern zur heutigen freiwilligen Tagesschule mit bis zu 140 Kindern miterlebt. Im kleinen Schülerhort waren die Kinder betreut und behütet. Sie wurden individuell gefördert und gefordert und möglichst nach ihren Bedürfnissen begleitet. Heute, in der freiwilligen Tagesschule mit bis zu 140 Kindern über Mittag und bis zu 70 Kindern am Nachmittag, ist die Betreuung eine ganz andere Sache. Sie besteht vor allem aus Organisation, Aufsicht, Kontrolle und Verhinderung von Streit, Konflikten und Aggression unter den Kindern. Von individueller Begleitung und Förderung kann keine Rede sein. Da kommt mir das unschöne Wort «Massenkindhaltung» in den Sinn. Leiden die Kinder darunter? Ich glaube, mit Kindern kann man machen, was man will, sie passen sich meistens an. Ich befürworte freiwillige Tagesschulen sehr, aber in kleinen Einheiten mit pädagogisch ausgebildetem Personal. Das ist leider teuer.

Susann Grunauer, Zollikerberg

Dank guten Lehrern.

Mein Sohn besuchte sowohl die zentralistisch konzipierte finnische Tagesschule als auch die schweizerische Staatsschule ohne Betreuungsangebot. Alle seine schulischen

Schwierigkeiten hatten mit den Systemen nichts zu tun, und das Happy End ist nur guten Lehrern und - im Falle der Berufsbildung - einer hervorragenden Schule zu verdanken. Die organisatorischen Konzepte der finnischen Schulen haben grosse Ähnlichkeit mit den Schulen der ehemaligen DDR. Die Politiker der SVP wären gut beraten, sich an den aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen zu orientieren.

Andreas Meyer, Gibswil

Die Gemeinschaft fördern.

Bei der Realisierung von Tagesschulen geht es nicht um die Frage, wie die Kinder kognitiv stärker werden können, sondern wie die Stärkung von überfachlichen Kompetenzen möglichst kindgerecht realisiert werden kann. Die Tagesschule soll eine gemeinschaftsfördernde Schule sein.

Oswald Müntener

Zwischen Schule und Radareltern.

Die Tagesschule verlangt schon von Unterstufenkindern eine hohe Selbstständigkeit. Das Kind muss den ganzen Tag lang funktionieren. Eine Mehrheit der Kinder haben nach einem Schultag zuerst einmal Aufgaben zu machen. Etwas Zeit für freies Spiel zwischen Schulbetrieb und Radareltern würde sicher allen Kindern guttun. Der aktuell formulierte Vorbehalt gegen die Tagesschulen geht in meinen Augen genau in die falsche Richtung.

Martin Sturzenegger, Zürich

«Die Schule ist zum All-inclusive-Amt geworden»

SonntagsBlick 7.10.2017, Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser

Der neue Ratgeber des Lehrerverbandes ist, wie üblich in diesem Metier, in klinischem Funktionärsdeutsch verfasst. Von «sich verändernden Kontextfaktoren» und «soziokultureller Heterogenität» ist die Rede. Aber eigentlich gibt dieser Leitfaden eine epochale Erkenntnis preis: Was aus einem Berufsstand geworden ist, der einst – zusammen mit dem Pfarrer und dem Polizist – die dörfliche Autorität verkörperte.

Wer heute Kinder und Jugendliche unterrichtet, ist längst nicht mehr einfach Lehrer, sondern Sozialarbeiter, Laufbahnberater, Religionsvermittler, Sexualpädagoge und Erziehungspolitiker.

Vor allem aber stehen die Lehrkräfte einer neuen Generation von Eltern gegenüber, die sie für sämtliche Wünsche und Ambitionen verantwortlich machen, die sie durch den Nachwuchs verwirklicht sehen wollen. Ob Notengebung, Empfehlung fürs Gymnasium oder Hausaufgaben – alles hat gefälligst den Vorstellungen von Mutter und Vater zu entsprechen. Andernfalls wird mit dem Anwalt gedroht. Oder man stellt die Lehrperson im Internet bloss, wo sie dem Meinungsdurchfall der sozialen Medien ausgesetzt ist – das Elterngespräch wird zur Kampfzone.

Es wäre seinen Eltern nie in den Sinn gekommen, mit dem Lehrer über seine Zeugnisnoten zu diskutieren, sagt der 61-jährige Pädagoge Konrad Schuler im SonntagsBlick-Interview. Das war gestern. Heute ist die Schule zum All-inclusive-Amt der Leistungsgesellschaft geworden. Gut, dass sich die Lehrer wehren.

Einen schönen Sonntag wünscht Ihnen Reza Rafi

Jetzt kommt der Leitfaden gegen Problemeltern

SonntagsBlick 8.10.2017

Streit um Schulnoten, Gymi-Entscheid & Co: Geplagte Lehrer erhalten Hilfe

Eltern mischen sich vermehrt in den Unterricht ein. Nun reagiert der Lehrerverband mit einem Ratgeber für den Umgang mit Radau-Eltern.

Thomas Schlittler

Die Schweizer Schulhäuser stehen leer. Es sind Herbstferien. Für Lehrerinnen und Lehrer bedeutet das eine Verschnaufpause von schreienden Kindern, pubertierenden Teenagern – aber vor allem von anstrengenden Eltern. Wer mit Lehrern redet, bekommt stets das selbe zu hören: Das Mühsamste im Schulalltag sind nicht die Schüler, sondern die Eltern.

Wie angespannt die Situation ist, offenbart ein neues Papier des Dachverbandes der Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH). Auf 52 Seiten widmen sich die Autoren dem zunehmend schwierigen Verhältnis von Schulen, Lehrern und Eltern. Die Elternarbeit sei für die Pädagogen «deutlich anspruchsvoller und differenzierter geworden», lautet der Befund.

Der Leitfaden soll helfen, die Zusammenarbeit zu verbessern. Unter anderem erfahren die Lehrer anhand von Fallbeispielen aus der Praxis, wie sie in kritischen Momenten reagieren sollen. Zum Thema Promotions- und Selektionsentscheide heisst es beispielsweise: «In unlösbaren Konfliktsituationen sollte die Schulleitung oder eine externe Beratung beigezogen werden.»

«Selbst Kleinigkeiten werden in Frage gestellt»

Sarah Knüsel (38), Präsidentin des Schulleiter-Verbandes des Kantons Zürich, bringt das Grundproblem auf den Punkt: «Viele Eltern meinen, dass sie ein Recht darauf haben, bei allem mitreden zu können, was in der Schule passiert.»

Schulleiter und Lehrer berichten unisono, dass sich Eltern immer stärker in den Unterricht einmischen. Manchmal würden sich die Eltern sogar zusammenschliessen, um gemeinsam Druck auf Lehrpersonen auszuüben.

«Selbst Kleinigkeiten werden in Frage gestellt», sagt Georges Raemy (60), Präsident des Schulleiter-Verbandes im Kanton Zug. Die einen Eltern seien gegen den Klassenausflug in den Wald. Andere beschwerten sich, weil der Geburtstag des Kindes in der Schule nicht angemessen gefeiert wurde. Und wieder andere seien unzufrieden mit dem Stundenplan.

Raemy: «Die Lehrer müssen sich immer besser erklären können. Die Kommunikation ist wichtiger denn je.» Der Schulleiter aus der Innerschweiz ist deshalb der Meinung, dass man diesen Bereich in der Lehrerausbildung ausbauen sollte.

Besonderes Konfliktpotenzial gibt es natürlich, wenn es darum geht, ob das Kind ans Gymnasium, in die Sekundar- oder Realschule kommt. Dann bleibt es nicht immer bei verbalen Auseinandersetzungen, sondern es wird teilweise sogar mit dem Anwalt gedroht.

Die Paragrafenreiterei hat in Schweizer Schulzimmern Einzug gehalten

In den allermeisten Fällen bleibt es zwar bei der Drohung. Die Paragrafenreiterei hat aber trotzdem Einzug gehalten in Schweizer Schulzimmern. Der Rechtsdienst des Volksschulamts des Kantons Zürich sei so gefragt wie nie, sagt Amtschefin Marion Völger (45) gegenüber SonntagsBlick: «Wir erhalten deutlich mehr Anfragen von Lehrern und Schulleitungen, aber auch von Eltern.» Aktuell bearbeitet der Zürcher Rechtsdienst rund 3000 Anfragen pro Jahr, etwa 400 davon von Eltern.

«Die Eltern wollen in der Regel wissen, was sie tun können, wenn sie mit der Schule ihrer Kinder nicht einer Meinung sind», so Völger. Lehrer und Schulleitungen wiederum wollten sich vergewissern, dass sie rechtlich korrekt vorgehen, wenn sie gewisse Disziplinarmaßnahmen ergreifen oder Probleme mit Eltern haben.

Lehrer sind heute darauf sensibilisiert, die wichtigsten Dinge im Schulalltag zu dokumentieren. Sie wissen, dass eine genaue Dokumentation notwendig ist, wenn es zu einem Rekurs kommen sollte.

Im neuen Leitfaden des Lehrerverbandes nehmen die rechtlichen Rahmenbedingungen ebenfalls viel Platz ein. Bei den Fallbeispielen aus der Praxis wird neben pädagogischen Überlegungen auch klar dargelegt, wie die juristische Situation aussieht.

«Die Leute haben weniger Respekt vor staatlichen Institutionen»

Die Anzahl Rekurse gegen Entscheidungen der Schule ist zwar stabil. Das dürfte aber nicht zuletzt daran liegen, dass Eltern – und vor allem deren Anwälte – wissen, dass sie vor Gericht schlechte Karten haben. Denn in den meisten Fällen stützen Richter die Entscheide der Schulen und Lehrer. Der Rechtsdienst des Kantons Zürich versucht den Eltern deshalb aufzuzeigen, dass eine einvernehmliche Lösung in der Regel für alle Beteiligten die nachhaltigste ist.

Doch was ist überhaupt der Grund dafür, dass die Anzahl von Problemeltern stetig zunimmt? Christian Hugi (38), Primarlehrer in der Stadt Zürich sowie Präsident des Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverbands, hält es für ein gesellschaftliches Phänomen: «Heute haben die Leute weniger Respekt vor staatlichen Institutionen.»

Zudem fühlten sich viele unter Druck gesetzt durch die Globalisierung, die Digitalisierung sowie den beruflichen Konkurrenzkampf. «Die Eltern wollen sicherstellen, dass ihr Kind in dieser Welt bestehen kann», so Hugi.

In der Regel sind es gut situierte Eltern, die Druck machen – manchmal mit Erfolg. Hugi sieht dadurch die Chancengerechtigkeit gefährdet: «Bei Schülern, die aus gutem Hause kommen und ehrgeizige Eltern haben, sind die Chancen höher, dass sie ans Gymnasium kommen – obwohl sie schulisch nicht besser sind als Klassenkameraden aus tieferen Gesellschaftsschichten.»

LCH: SCHULE UND ELTERN: GESTALTUNG DER ZUSAMMENARBEIT

Leitfaden für Schulen, Behörden, Elternorganisationen, Aus- und Weiterbildung
Grundlagen, Übersichten und Fallbeispiele. [Ratgeber lesen](#)

Tweet von Papst Franziskus

Zenit Newsletter vom 6.10.2017

Die Sendung der Schulen und der Lehrer ist es, den Sinn für die Wahrheit, das Gute und das Schöne zu fördern.

15. 10. 2017

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster | info@lehrplan-vors-volk.ch | www.lehrplan-vors-volk.ch

Spendenkonto: IBAN: CH55 0900 0000 8975 3598